

gebung, vor allen Dingen in den Frauenklöstern Zuckau und Zarnowitz arbeiteten. 1589 öffnete sich ihnen in der Stadt Danzig selbst ein Tätigkeitsfeld im „sacellum Anglicanum“ der Dominikaner, wo sie in deutscher Sprache predigen konnten. Nach einem Rückschlag besserte sich das Verhältnis zu den Dominikanern in den Jahren 1591 bis 1593. Die finanziellen Sorgen der kleinen Gemeinschaft konnten allmählich überwunden werden. Durch Erfolge in der Wiedergewinnung von Protestanten für die katholische Kirche erhöhten die Jesuiten stetig ihr Prestige, immer zahlreichere Spenden konsolidierten ihre wirtschaftlichen Verhältnisse. In letzterer Hinsicht brachte das Jahr 1600 durch das Testament Bischofs Rozrażewskis, der in Rom starb, den Jesuiten ein ausreichendes Vermögen. Hinsichtlich der Wiedergewinnung von Protestanten erlebten die Jesuiten im Jahre 1599 einen Durchbruch. Mit erkennbarer Genugtuung berichtet der Chronist (S. 31–33) über das siegreiche Streitgespräch eines Jesuiten mit einem calvinistischen Professor. Es war ausgelöst worden durch freundschaftliche Dispute junger Danziger Studenten, die von der Braunsberger Jesuitenakademie in den Ferien nach Danzig gekommen waren. Das Gespräch hatte zur Folge, daß zwei junge Danziger aus einer angesehenen protestantischen Familie zur katholischen Kirche kamen.

Der umfangreichste Bericht betrifft das Schicksalsjahr 1606, als der den Jesuiten nie völlig gesonnene Danziger Rat sie durch ein Edikt vom 18. August auswies, das der Chronist wörtlich in die *Historia* aufgenommen hat (S. 63–64). Erst als der polnische König Sigismund III. 1608 seiner größten politischen und militärischen Probleme enttoben war, konnte er die Jesuiten unterstützen; doch auch ihm war zunächst kein Erfolg beschieden. Die Lage blieb für die Jesuiten in der Folgezeit prekär; deshalb wurde der Tod des Offizials von Pommerellen und Pfarrers von St. Marien in Danzig, Nicolaus Milonius, solange geheim gehalten, bis sein Nachfolger eingetroffen war, damit das Pfarrhaus nicht von den Danziger Behörden besetzt werden konnte. Im Jahre 1612 erfolgte zwar ein weiterer Schicksalsschlag für die Jesuiten, denn sie wurden aus der St. Brigittenkirche vertrieben, was der Chronist auf erneut 20 Seiten detailliert beschreibt, aber als 1613 an Stelle eines Calvinisten ein Lutheraner Bürgermeister in Danzig geworden war, beruhigten sich die kirchlichen Verhältnisse in der Stadt: Von nun ab konnten die Jesuiten ungestört wirken. Daher folgen die jährlichen Berichte fortan einem festen Schema: Zunächst wird die Zahl der in der Niederlassung tätigen Jesuiten genannt, daran anschließend die seelsorgerischen Erfolge, während eine wechselnde Zahl von Einzelschicksalen jeweils die Chronik eines Jahres abschließt. Waren 1616 acht Jesuiten in Danzig tätig, so stieg deren Zahl bis 1624 auf zwanzig. 1627 geht sie auf Grund der Folgen des schwedisch-polnischen Krieges zurück, ist aber 1630 wieder auf 18 angestiegen, 1637 gar auf 23 Personen. Auch wirtschaftlich geht es nach den Plünderungen des Krieges und mehreren Pestjahren wieder aufwärts. In dieser Phase erfolgreichen Wirkens bricht die *Historia* im Jahre 1642 ab.

Mit der *Historia* liegt eine wichtige Quelle für die Geschichte der Jesuiten in Danzig vor. Sie weist gleichzeitig über den lokalen Aspekt hinaus, indem sie die Auseinandersetzungen des Ordens mit der etablierten Kirche illustriert sowie die Bemühungen um die auf die Reformation folgenden Reformmaßnahmen, wie sie so oder ähnlich in zahlreichen Städten abgelaufen sind. Vor allem die den Jahresüberblicken beigefügten Einzelschicksale erlauben Einblicke in den Alltag der Seelsorge in einer religiös überaus turbulenten Zeit.

Berlin

Manfred Claus

Klaus von der Groeben: Verwaltung und Politik 1918–1933 am Beispiel Ostpreußens.
(Quellen zur Verwaltungsgeschichte, Nr. 4.) Verlag Lorenz-von-Stein-Institut für Verwaltungswissenschaften an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel. Kiel 1987. XX, 603 S.

Der Vf., Jahrgang 1902, entstammt einem ursprünglich magdeburgischen Uradelsgeschlecht, das dann später in Ostpreußen ansässig wurde und dort durch Jahrhunderte Politik und Verwaltung mitgestaltete. Das trifft auch auf Klaus von der Groeben zu, der bis 1945 Landrat des Kreises Samland (Königsberg-Land und Fischhausen) war; nach dem Kriege wirkte er als Landrat in dem schleswig-holsteinischen Kreise Stormarn und wurde schließlich bis zu seiner Pensionierung im Jahre 1967 Staatssekretär und damit Amtschef im Innenministerium in Kiel. Der ausgewiesene Verwaltungsfachmann kennt also die Gegenstände, über die er schreibt, sehr genau aus eigener Anschauung und Erfahrung.

Das hier anzuzeigende Buch ist die Fortsetzung des Werkes „Die öffentliche Verwaltung im Spannungsfeld der Politik“ (1979), das den Zeitraum von 1807/08 bis 1918 zum Gegenstand hat, zudem aber auch eine Ergänzung von v. d. G.s Untersuchung „Landräte in Ostpreußen. Ein Beitrag zur Verwaltungsgeschichte des Samlandes“ (1965). Zudem hat der Vf. für die Bände 3 und 4 der sechsbändigen Deutschen Verwaltungsgeschichte zwei Beiträge über das Polizeiwesen und das Reichsministerium des Innern beigeuert. – Sein neuestes Werk beschränkt sich keineswegs auf die Verwaltungsgeschichte, sondern bezieht die allgemeine und politische Geschichte mit ein, wie dies bei einem Beitrag zur Geschichte Ostpreußens in der Zeit der Weimarer Republik auch nicht anders möglich ist. – Umgekehrt behandelt er den Bereich der staatlichen Verwaltung und der kommunalen Selbstverwaltung auf den Ebenen von Kreis und Provinz unter Einschluß der Regierungen, läßt die zahlreichen Sonderverwaltungen wie z. B. für Finanzen, Steuern, Bau-, Arbeits-, Sozial-, Handels-, Gewerbe-, Wirtschafts- und Postwesen sowie für das Militär, die Kirchen, Schulen und Hochschulen außer Betracht, wie sie etwa Horst Romyk in seiner „Verwaltungs- und Behörden-geschichte der Rheinprovinz 1914–1945“ (1985) umfassend vorstellt.

Der Vf. hat die einschlägigen Akten der Bestände Preußisches Ministerium des Innern, Preußisches Staatsministerium und Oberpräsident Ostpreußen im Geheimen Staatsarchiv in Berlin-Dahlem, die über den Deutschen Landkreistag bei der Überlieferung des Kommunalwissenschaftlichen Instituts im Landesarchiv Berlin und eine Reihe von bisher ungedruckten Erinnerungen von Mithandelnden und Zeitzeugen aus seinem Privatbesitz durchgearbeitet und ausgewertet sowie die gängige einschlägige Literatur benutzt. Zu diesen Quellen kommt noch das eigene Miterleben von v. d. G., so daß ein sehr lebendiges und anschauliches Buch entstanden ist.

Immer wieder wird in der Darstellung von der Insellage Ostpreußens nach der Schaffung des Korridors durch den Friedensvertrag von Versailles vom 28. Juni 1919 ausgegangen, mit deren verheerenden wirtschaftlichen und psychologischen Folgen die Verwaltung in Ostpreußen ständig zu kämpfen hatte. Die vom übrigen Reichs- und preußischen Staatsgebiet nach 1919 losgetrennte Provinz, einst ein Herzstück der Monarchie, hatte von allen deutschen Landstrichen die schwerste Last aus dem unglücklichen Friedensschluß zu tragen, neben der preußischen Rheinprovinz, dem hessischen Rheinhessen, dem oldenburgischen Landesteil Birkenfeld und einigen badischen Gebietsteilen, die das Los der Besetzung traf, die aber wirtschaftlich sehr viel stärker waren als das agrarische Ostpreußen. Für dieses wurden denn auch von den betroffenen Stellen des Reichs und Preußens eine ganze Reihe von Hilfsmaßnahmen geplant, die jedoch letztlich allesamt nicht wirklich zum Zuge kamen und nur schwache Erleichterungen schufen, aber keine wirkliche Abhilfe brachten. v. d. G. stellt diese Pläne alle vor: die Saatgutkreditaktionen, das Ostpreußenprogramm, die Soforthilfen, die Grenzhilfe, ferner die Institutionen wie Ostkonferenz, Provinzialwirtschaftsrat, Staatskommissariat zur Stützung des ostpreußischen Gütermarktes und die ostpreußische Vertretung beim Reichs- und Staatsministerium, die bei letztgenanntem etatisiert war, ihre Instruktionen aber vom Oberpräsidenten in Königsberg erhielt. Bei der Würdigung dieser klei-

nen Behörde hätte der einschlägige Bestand im Geheimen Staatsarchiv in Berlin herangezogen werden können. – Die Hilfsmaßnahmen wurden oft nur sehr schleppend auf immer eindringlicher werdende Klagen der verantwortlichen Beamten in der Provinz beschlossen, zeitweise auch auf Grund der massiven Hilfestellung durch den preußischen Innenminister Albert Grzesinski (1926–1930), in dem die notleidende Provinz einen starken Anwalt gefunden hatte, während der aus Königsberg stammende Ministerpräsident Otto Braun sich auffällig zurückhielt; beide Politiker gehörten der SPD an. – Die Hilfen kamen nicht zur Wirkung, weil sie entweder zu spät griffen oder aber den Kompetenzstreitigkeiten zwischen dem Reich und Preußen, zwischen den preußischen Zentralen und den Stellen der provinziellen Selbstverwaltung zum Opfer fielen.

In den ersten sechs Kapiteln seines Buches geht der Vf. zunächst auf allgemeinere Probleme ein: auf den Umsturz 1918, die Frage der Grenzen der Provinz Ostpreußen, die litauische Frage, die Arbeiter- und Soldatenräte. – Das dritte Kapitel behandelt Organisations- und Verfassungsfragen, insbesondere die seit dem Beginn des Jahrhunderts diskutierte und nie verwirklichte große Verwaltungsreform in Preußen, die mit dem Namen Bill Drews eng verbunden ist. Hier werden auch die staatlichen Verwaltungsinstanzen, die Einrichtungen der kommunalen Selbstverwaltung sowie Landkreistage und Städtetage vorgestellt.

Kapitel 4 hat den Kapp-Putsch und seine Folgen, Kapitel 5 die Maßnahmen zum Schutz der Republik zum Gegenstand, jeweils unter dem besonderen Gesichtspunkt der Wirkung auf Ostpreußen und die Träger seiner Verwaltung. Nach dem Kapp-Putsch und bei der Ausführung des Gesetzes zum Schutze der Republik wurden gerade in Ostpreußen zahlreiche politische Beamte – Landräte, Regierungspräsidenten, Polizeipräsidenten und ihre Vertreter – entlassen, die weit rechts standen, gleichwohl aber das Vertrauen der Bevölkerung genossen. Diese Beamten, die meist noch in monarchischer Zeit ernannt worden waren, mußten republikanisch gesonnenen Nachfolgern Platz machen. Dabei kam es zu Fehlgriffen, die nicht verschwiegen werden, auch nicht die Mißwirtschaft mancher Parteifunktionäre, die einem Staatsamt nicht gewachsen waren, wie etwa der Landrat Adolf Hofer im Landkreis Fischhausen (S. 198f.). – An dieses Kapitel schließt sich eines über die Personalpolitik im allgemeinen an.

Sinngemäß folgt dann das Kapitel über die Deutschnationale Volkspartei in Ostpreußen, wobei auch die gesamte Partei und ihre Verwandtschaft mit der alten Konservativen Partei vor 1918 erläutert werden. Das Kapitel ist wichtig und notwendig, weil diese Rechtspartei in Ostpreußen besonders stark und mitbestimmend war; ihr gehörten wichtige Persönlichkeiten der Provinz und ihrer Verwaltung an. Ergänzt wird dieses Kapitel durch die im Anhang sinngemäß wiedergegebenen Erinnerungen des deutschnationalen Politikers und Nationalökonom Professor Wilhelm Dietrich Preyer, die sich sehr frisch und belebend lesen. Preyer zählte zu den Gegnern des langjährigen gemäßigten Parteiführers Graf Westarp, dessen Rolle sowohl von Preyer als auch von v. d. G. zu negativ beurteilt wird.

In den Kapiteln 9 bis 11 werden die Oberpräsidenten, die Regierungspräsidenten und die Polizeipräsidenten mit kurzen, würdigen Biographien vorgestellt. – Kapitel 12 bringt die Lebensbilder des Oberpräsidialrates Dr. Grzimek und des schon erwähnten Reichstagsabgeordneten Preyer, das folgende Kapitel Kurzbiographien der Landräte v. Gottberg/Bartenstein, v. Poser und Groß-Nädltz/Ortelsburg, Freiherr v. und zu Knyphausen/Rastenburg, Freiherr v. Mirbach/Neidenburg, Döbereiner/Lyck und Ziemer/Johannisburg. – Diese biographischen Kapitel werden durch Anhang I vorzüglich ergänzt: persönliche Daten der Oberpräsidenten, Regierungspräsidenten, Polizeipräsidenten und Landräte. Hier sei übrigens noch festgehalten, daß an vielen Stellen des Buches August Winnig, der u. a. von 1919 bis 1920 Oberpräsident von Ostpreußen war, eine gerechte und positive Beurteilung erfährt, ein aufrechter Patriot, der nur zu oft

verleumdet wurde und wird. – Bei dem abschließenden Personenverzeichnis hätten unbedingt die Vornamen aufgenommen werden müssen.

Das Buch hinterläßt einen guten Eindruck, der von zahlreichen Druck- und Flüchtigkeitsfehlern gestört wird, die allerdings meist leicht als solche zu erkennen sind. Die Arbeit ist ein lesenswerter Beitrag zur deutschen und preußischen Verwaltungsgeschichte, zur Geschichte der Weimarer Republik und zur historischen Provinz Ostpreußen.

Bonn

Ludwig Biewer

Jan Belkot: Uniwersytet Mikołaja Kopernika w Toruniu w latach 1945–1985. [Die Nikolaus-Copernicus-Universität in Thorn in den Jahren 1945–1985.] (Biblioteczka Toruńskiego Towarzystwa Kultury.) Toruń 1986. 174 S., zahlr. Abb. i. T.

Die vorliegende Veröffentlichung vermittelt zahlreiche Informationen über die Geschichte der Thorner Copernicus-Universität seit ihrer Gründung im August 1945. Einleitend schildert der Vf. die Vorgeschichte dieser Universitätsgründung, die bis in die Zeit des Deutschen Ordens zurückgeht. Eine bedeutendere Rolle als Thorn spielte damals allerdings Kulm, wo 1385 nach Bolognaer Muster eine Universität mit mehreren Abteilungen errichtet werden sollte. Anstelle dieses Plans wurde jedoch nur die Gründung der Gymnasien in Kulm und Thorn verwirklicht, die sich in der frühen Neuzeit zu zentralen Bildungsstätten in Westpreußen entwickelten und gewissermaßen akademischen Charakter erhielten. 1920, nach der Wiedererstehung des polnischen Staates, wurden die Thorner Universitätspläne neu belebt. Als einer der ersten forderte Karol Popiel, der Führer der Nationalen Arbeiterpartei, die Schaffung einer siebten polnischen Hochschule in Thorn, deren Patron Nikolaus Copernicus sein sollte. Dieses Vorhaben wurde insofern für vordringlich gehalten, als sich die Erwartungen einer Angliederung Danzigs an Polen nicht erfüllt hatten. Vor allem sollte eine Universität in Thorn zu einer stärkeren kulturellen und wirtschaftlichen Eingliederung Pommerellens in den polnischen Staat beitragen. Wegen der ausbleibenden Unterstützung der zuständigen Ministerien konnte jedoch der Plan bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkriegs nicht verwirklicht werden. Wieweit dafür Blockierungsversuche seitens der deutschen Diplomatie verantwortlich gemacht werden können, wird sich wohl kaum ergründen lassen.

Im ersten Kapitel behandelt der Vf. die Entstehung und Organisation der Copernicus-Universität nach Kriegsende. Bereits im Februar und März 1945 wurde seitens zentraler und örtlicher Stellen die Gründung einer Hochschule in Thorn ins Auge gefaßt. „Thorn besitze mit seinem Archiv und der Stadtbibliothek zwei Fundamente, auf denen man eine polnische Universität errichten könne.“ Im April 1945 trafen die ersten Mitarbeiter der Wilnaer Universität, die nach einem Abkommen mit der Republik Litauen repatriert werden sollten, von Lublin aus in Thorn ein und bildeten den wissenschaftlichen Grundstock der im Entstehen begriffenen Universität. Zunächst wurde an die Errichtung eines für die „nordpolnischen Gebiete“ zuständigen akademischen Gesamtkomplexes gedacht, der Abteilungen für Geistes- und Rechtswissenschaften in Thorn, für Natur- und Wirtschaftswissenschaften in Bromberg und für Medizin in Danzig umfassen sollte. Die geplante Dezentralisierung wurde jedoch bald zugunsten Thorns aufgegeben, und nur die medizinische Abteilung verblieb in Danzig. Das Thorner Organisationskomitee – hier vor allem der aus Wilna gekommene Stefan Burhardt – erreichte in langwierigen Verhandlungen mit dem Kultusministerium in Warschau, daß die Struktur der neuen Universität allmählich Gestalt annahm. Inzwischen hatte sich die Zahl der aus Wilna angekommenen Wissenschaftler – darunter der bekannte Polonist Konrad Górski – auf über 100 vermehrt, wozu noch im Juli 1945 weitere 200 kamen. Dadurch wurde nicht nur die Errichtung der Thorner Hochschule gefördert, sondern auch